

An:  
Oberbürgermeister der Stadt Eisenach  
- Herrn Matthias Doht -

**NPD-Fraktion Eisenach**  
Postfach 10 16 39  
99817 Eisenach

Eisenach, den 17.05.2011

**Antrag der NPD-Fraktion Eisenach**

**hier: Änderungsantrag zu TOP 9 – Fortschreibung der Schulnetzplanung der staatlichen Schulen der Stadt Eisenach**

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Der Stadtrat lehnt die Einleitung eines Beteiligungsverfahrens zu den Punkten 1a.), 2a.), 3.), 4.) und 5.) ab. Die genannten Punkte werden aus der Beschlußvorlage gestrichen.

**Begründung:**

Zu 1a.):

Die Oststadtschule muß erhalten bleiben. Die rückgängigen Geburtenzahlen sind durch die damals wie heute regierenden Parteien auf allen politischen Ebenen zu verantworten. Für die Versäumnisse in der Familien-, Sozial- und Wirtschaftspolitik können kein Eisenacher Stadtteil und schon gar nicht Familien und Kinder in Haftung genommen werden.

Eine Schule kann und darf nicht unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die Haushaltslage der Stadt ist fürwahr sehr prekär. Sich dem finanziellen und demographischen Niedergang in Form von Schulschließungen, also dem Abbau existenzieller Infrastruktur, anzupassen, würde diesen Niedergang und die Abwärtsspirale nur beschleunigen. Denn Schulschließungen sind ein Signal an Familien und junge Menschen. Ein Signal, das zu Abwanderung und Geburtenverweigerung führen wird und dazu animieren kann, Familienplanungen aufzugeben. Die Maxime der Politik, auch in einer finanziell angeschlagenen Stadt wie Eisenach, muß daher lauten: Dem sogenannten „demographischen Wandel“ entgegenzutreten. Und zwar unter anderem durch den Erhalt von Schulen.

Statistisch gesehen werden überdies heute wieder mehr Menschen geboren als in den geburtenschwachen Jahrgängen, die für die aktuellen Schülerzahlen an den Regelschulen maßgebend sind. Ein Erhalt der Schule wäre somit eine Investition in unsere(!) Zukunft.

Daß derzeit die Klassenstärken nicht in der empfohlenen Größe liegen, muß kein Nachteil sein. Vielmehr kann in kleineren Klassen jeder Schüler besser individuell gefördert werden. Auf Probleme kann früher, effizienter und intensiver eingegangen werden.

Bedacht werden muß in finanzieller Hinsicht auch, daß durch die Schließung der Schule im Zusammenhang mit der Aufhebung der Schulbezirke auch Fahrtkosten für die Schüler anfallen. An dieser Stelle sei auch auf die schlechte Anbindung der Oststadt an den öffentlichen Personennahverkehr hingewiesen.



Zu 2a.):

Die Grundschule „Am Petersberg“ muß erhalten bleiben. Auch im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage kann davon ausgegangen werden, daß bei Vorhandensein des politischen Willens bis 2020 Investitionen in Höhe von 621.000 Euro machbar sind. Der Investitionsbedarf, der durch jahrelange Verschleppung erst entstanden ist, darf nicht dafür herhalten, eine Grundschule mit einem vorbildlichen pädagogischen Konzept zu schließen.

Auch hier gelten im Hinblick auf den „demographischen Wandel“ dieselben Argumente wie zur Oststadtschule.

Zu 3.):

Die Grundschule Neuenhof muß erhalten bleiben. Im Zusammenhang mit einer unlängst in Eisenach geführten Debatte zum „demographischen Wandel“ (Aktiv im Alter) wurde auch über eine Belebung der Ortsteile gesprochen und darüber, wie das Leben in den ländlichen Regionen der Stadt attraktiver gemacht werden kann. Eine Schließung der Grundschule Neuenhof wäre ein verheerendes Zeichen für das Leben in ländlichen Regionen im Verantwortungsbereich der Stadt Eisenach und würde derartige Ziele konterkarieren.

Die geplante Schließung ist zu kurzfristig gedacht.

Zu 4.):

Die Begrenzung auf einen fünfzügigen Schulbetrieb bringt den Umstand mit sich, daß Schüler trotz erbrachter Leistungen von den beiden Eisenacher Gymnasien abgewiesen werden. Das kann die betroffenen Familien vor Probleme stellen und steht dem noch unter 1b.) im Zusammenhang mit den Regelschulen gewährten Recht der Wahlfreiheit für die Eltern entgegen. Nicht zuletzt widerspricht die Begrenzung dem Ziel einer Wissensgesellschaft.

Zu 5.):

Die Schließung des Hauses II des Ernst-Abbe-Gymnasiums wird durch die Ablehnung von festgelegten Schülerzügen hinfällig. Dagegen spricht aber auch die hier vorhandene Turnhalle, die auch weiterhin für den Vereinssport nutzbar bleiben soll.

### **Zusammenfassung:**

Wenn im zurückliegenden Kommunalwahlkampf davon gesprochen wurde, daß ein „Geheimplan“ im Zusammenhang mit der Zukunft der Eisenacher Schulen existiert, erscheint das im Hinblick auf die Verteilung von Investitionen nicht völlig abwegig. Es widerspricht den Grundsätzen eines demokratischen Entscheidungsprozesses, wenn kommunale Wahlbeamte mit einer großen Koalition im Rücken Langzeitpläne entwickeln und scheinbar lange vor den Entscheidungen der gewählten Bürgervertreter Mittel so verteilen und Maßnahmen dergestalt ergreifen, daß am Ende „Gründe“ für eine Schließung von Schulen vorhanden sind.





Die Bildungs- und Schullandschaft Eisenachs sollte in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben. Die Haushaltssituation darf nicht dafür herhalten, ganzen Stadtteilen einen Todesstoß zu verpassen und den Bevölkerungsrückgang zu beschleunigen.

Der Konsolidierungszwang der städtischen Finanzen ist der NPD-Fraktion mehr als bewußt. Schulen dürfen jedoch nicht vordergründig unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Das Schulnetz ist auch nicht demographischen Entwicklungen anzupassen, sondern entgegen dieser politisch verursachten Entwicklung zu planen.

Kinder brauchen wohnortnahe und überschaubare Schulen und Klassengrößen, die Geborgenheit liefern, die für eine anständige Sozialisation unabdingbar ist.

Die Haushaltssituation darf nicht auf Kosten von Kindern, Eltern und pädagogischem Personal verbessert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Schulen bzw. Schulstandorten zeigen, daß unter diesen Maßnahmen Pädagogik, die Entwicklung der Kinder und der Aufbau von Bindungen leiden.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender

